

Meldung vom 2011-03-07 16:03

### **FDP-Gesundheitsexperte kritisiert Ethikrats-Votum zur PID =**

**Berlin (KNA)** Kurz vor Bekanntgabe der Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zur Präimplantationsdiagnostik (PID) hat der FDP-Gesundheitsexperte Erwin Lotter deutliche Kritik an dem Gremium geübt. Es sei «enttäuschend», dass der Ethikrat auf eine klare Empfehlung verzichte, erklärte Lotter am Montag in Berlin. Nach Presseberichten soll das Votum, dass das Expertengremium an diesem Dienstag bekanntgeben will, gespalten sein.

«Statt mit fachlicher Kompetenz und moralischer Autorität der teils sehr emotional diskutierenden Öffentlichkeit eine Orientierung zu geben, hat sich das Gremium darauf konzentriert, die hinlänglich bekannten Pro- und Contra-Argumente aufzulisten», so Lotter. «Wer auf eine ethische Richtschnur gehofft hatte, muss mit einer sorgsam sortierten Stoffsammlung zufrieden sein.»

Der Rat habe damit eine einmalige Chance vertan, beklagte der FDP-Politiker. Es stelle sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines jährlichen Aufwandes von 1,7 Millionen Euro, «wenn 26 höchst renommierte Persönlichkeiten in wochenlanger Diskussion nicht mehr zustande bringen».

Der Ethikrat will die Ergebnisse seiner Befassung mit der PID am Dienstagvormittag in Berlin der Öffentlichkeit vorstellen. Das Vorgängergremium, der Nationale Ethikrat, hatte sich in einer ersten Stellungnahme 2003 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die begrenzte Einführung der äußerst umstrittenen Methode ausgesprochen.

Bei der PID werden im Reagenzglas befruchtete Embryonen auf genetische Defekte geprüft und gegebenenfalls verworfen. Die Gegner sprechen von einer Selektion menschlichen Lebens, die mit der Menschenwürde und dem Lebensschutz unvereinbar sei. Der Bundesgerichtshof hatte Mitte vergangenen Jahres entschieden, dass die PID in Deutschland nach geltendem Recht nicht grundsätzlich verboten ist. Deshalb will das Parlament den Umgang mit der Methode wahrscheinlich noch bis zum Sommer regeln.

Dem Bundestag liegen inzwischen drei Anträge vor, die jeweils von Politikern aller Fraktionen getragen werden. Wegen der schwierigen ethischen Frage ist der Fraktionszwang aufgehoben. Ein Antrag fordert ein absolutes Verbot der PID. Die zwei weiteren Entwürfe sprechen sich für eine begrenzte Zulassung mit unterschiedlicher Reichweite für erblich vorbelastete Eltern aus.